

Antrag 18/I/2021

SPD-UB Region Hannover

Der Landesparteitag möge beschließen:

Berufliche Bildung weiterentwickeln: Elterninformation verbessern, Fachkräfteausbildung durch Doppelqualifikation aufwerten, durch Förderunterricht stützen und Schulk Kooperation erleichtern!

- 1 Der SPD-Landesparteitag fordert das Land dazu auf, mehr Stellen für BBS-Lehrende zu schaffen und ein
- 2 landesweites Programm zur Stärkung der Berufsbildenden Schulen aufzusetzen
- 3 Das Programm zur Stärkung der Berufsbildenden Schulen sollte umfassen:
- 4 • Verbesserung der Elterninformation am Ende des vierten Grundschuljahrganges über die Möglich-
- 5 keiten der schulischen und beruflichen Entwicklung ihrer Kinder durch Wechsel auf berufsbildende
- 6 Schulen nach dem Besuch allgemeinbildender Schulen (Vorbild Baden-Württemberg).
- 7 • Vergabe einer Untersuchung der Erfolgszahlen aller allgemeinen und beruflichen Schulformen im
- 8 Studium um deutlich zu machen, welche Schulformen auf ein Studium in den MINT- Fächern erfolg-
- 9 reich vorbereiten.
- 10 • Ausweitung der Fachkräfteausbildung durch optionale Förderstunden für Auszubildende zur Vorbe-
- 11 reitung (auch von Geflüchteten) auf die schriftliche Facharbeiterprüfung.
- 12 • Aufwertung der Fachkräfteausbildung durch Doppelqualifizierung („Berufsabitur“). Dazu ist eine Auf-
- 13 stockung von 6 auf insgesamt 12 Jahreswochenstunden für Angebote zur Doppelqualifizierung (Be-
- 14 rufsausbildung mit Fachhochschulreife) für gute Auszubildende notwendig.
- 15 • Änderungen im Nds. Schulgesetz § 25 Zusammenarbeit zwischen Schulen sowie zwischen Schulen
- 16 und Jugendhilfe. Für die Kooperation soll es Schulen ermöglicht werden, ein schulübergreifendes ge-
- 17 meinsames Beschlussgremium für den Kooperationsbereich zu bilden. Das NSchG hat hier eine Re-
- 18 gelungslücke und sieht weder gemeinsame Teilkonferenzen noch Bildungsganggruppen vor.
- 19 • Verarbeitung personenbezogener Daten. Der Austausch personenbezogener Schülerdaten (Zensuren,
- 20 Fehlzeiten) zwischen Kooperationsschulen und in der Lernortkooperation von Schule und Betrieb soll-
- 21 te ermöglicht werden.

22

23 **Begründung**

24 Sowohl für die schwachen wie für die starken Auszubildenden wäre ein optionaler zweiter Berufsschultag
25 ab dem 2. Ausbildungsjahr hilfreich. Das berufliche Bildungssystem kann das Schwarz-Weiß-Denken zwi-
26 schen dualer und akademischer Ausbildung durchbrechen. BBSen können mehr, wenn man sie denn ließe.
27 Bisher wird das von Handwerkskammer und BBSen gewollte Modell „Berufsabitur“ vom Land nur verbal
28 unterstützt, kommt in der Realität aber nicht an. Berufseinstieg und Berufsorientierung wurde in der Regi-
29 on Hannover auf mehrere Berufsschulen verteilt. Die geplante enge Zusammenarbeit und der Wechsel der
30 Schülerinnen und Schüler zwischen diesen Schulen wird durch Regelungen im Schulgesetz erschwert.

31

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschlussfassung zu Antrag 13, Kap. Bildungspolitik